

Was immer schon fehlte

Die gesellschaftliche Verfasstheit Sri Lankas gebiert blinde Flecken

Theodor Rathgeber

Sri Lanka im Themenschwerpunkt *Shrinking Space* mutet seltsam an, da auf den ersten Blick im Land so frei geredet und publiziert werden kann, wie seit langem nicht mehr. Dass dessen unbeschadet zwei Beiträge zum Schwerpunkt vorliegen, hat vor allem mit der Tiefenschicht der Gesellschaft Sri Lankas zu tun. Yolanda Foster konzentriert sich auf das Thema Verschwindenlassen. Dieser Text geht auf weitere blinde Flecken beim Aushandeln der neuen Gesellschaft ein.

Amnesty International (AI) London hebt in der schriftlichen Stellungnahme zur 33. Tagung des UN Menschenrechtsrates (September 2016) die Notwendigkeit hervor, in der Aufarbeitung der jüngeren Geschichte vor allem die Opferperspektive in den Mittelpunkt zu stellen und so dem Leitgedanken von Gerechtigkeit, Wahrheit und Entschädigung gerecht zu werden.

Der gute Wille ...

Das AI-Papier verkennt nicht, dass es aktuell auf Seiten des Staates eine große Offenheit gibt, zumindest eine Balance zwischen der Stabilität des Staates und den Interessen der Opfer staatlicher Gewalt zu finden. Das Büro zur Klärung des Schicksals vermisster Personen (*Office on Missing Persons*), die Präsidentenkommissi-

on (*Paranagama Commission*) mit ähnlichem Fokus, ein neues Recht auf Information (*Right to Information Act*) oder die Reform des Anti-Terrorismus Gesetzes (*Prevention of Terrorism Act*; PTA) sind Beispiele für politische Projekte, die den gesellschaftlichen Ausgleich proklamieren.

Die Regierung zeigt sich offen, in den Friedensprozess internationale Expertise einzubringen; etwa in Gestalt der Vereinten Nationen und deren Sonderberichterstatter(inne)n zu den Themen Wahrheitsfindung, Fol-

ter und Unabhängigkeit der Justiz! In diesem Herbst wird die Sonderberichterstatterin zum Thema Minderheiten, Rita Izsák-Ndiaye, nach Sri Lanka reisen, um ihre Erfahrung zur heiklen Frage der Regierungsführung gegenüber den Minderheiten in Sri Lanka anzubieten; etwa zur neuen Verfassung oder administrativen Struktur des Landes. In die gleiche Richtung, die Dezentralisierung der Politik, ist auch das Auswärtige Amt in Berlin in Form von Seminaren und Workshops mit Zustimmung der Regierung in Colombo unterwegs. So

Internationaler Tag der Pressefreiheit 2016. In Colombo hält ein Demonstrant ein Plakat mit dem Foto des ermordeten Journalisten Sivaram alias Taraki hoch und fordert strafrechtliche Untersuchungen über die Angriffe auf Medien durch die Vorgängerregierung.

Bild: Vikalpa | Groundviews | Maatram | CPA
bei flickr.com (CC BY 2.0)





viel freiwilliger Abgleich mit internationalen Menschenrechtsstandards war nie.

... reicht nicht

Das Denken und Handeln in einem Milieu, das über Jahrzehnte keine Rechenschaft über Handlungen einforderte, soweit sie sich in Übereinstimmung mit dem herrschenden Mainstream befanden, prägt Regierungs- und Verwaltungshandeln bis heute. Strafflos auszugehen, war normal. Mächtige Fraktionen innerhalb von Regierung, Parlament und Verwaltung agieren zum Teil offen gegen die Reformen und tragen dazu bei, dass das Aushandeln einer neuen Gesellschaft als Angriff auf die nationale Sicherheit und den Triumph der Kriegshelden verstanden wird. Sie polarisieren Konflikte, ermuntern den sozialen Mob und drängen heikle Themenstellungen an den Rand. Eine direkte Beteiligung internationaler Expert(inn)en an der Aufarbeitung der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen das humanitäre Völkerrecht wird vehement abgelehnt. Bis in die Architektur von Örtlichkeiten und Landschaft wird Dominanz zur

Schau getragen. Während die Regierung gegenüber der kritischen Öffentlichkeit eine Reform des PTA anzeigt, sind zwischen Januar 2015 und August 2016 über 40 Personen unter PTA willkürlich festgenommen worden; allein im März und April 2016 in Jaffna 25 Personen wegen vermeintlicher Wiederbelebung der *Tamil Tigers* (LTTE). Rund 200 Tamilen befinden sich weiterhin ohne Anklage in Haft, die in früheren Zeiten unter Verweis auf den PTA festgesetzt wurden. Anfang Juni wurde der Journalist Fredy Gamage bedroht und misshandelt, der zu Korruption und organisierter Kriminalität in der Politik recherchierte.

Menschen mit Behinderung aufgrund der Kriegshandlungen fristen ein Schattendasein. Handelt es sich um Tamil(inn)en, fällt die schon unangemessen geringe Behandlung noch geringer aus. Kaum jemand spricht darüber. Die Rückgabe von beschlagnahmtem Land durch das Militär ist mehr Versprechen denn Tat. Öffentliche Konsultationen zur Wahrheitsfindung oder zu Fragen der Entschädigung, etwa von Kriegswitwen, leiden darunter,

Der amtliche Drohbrief vor zwei Jahren

Bild: Vikalpa | Groundviews | Maatram | CPA
bei flick.com (CC BY 2.0)

dass es am Schutz der Zeug(inn)en und ihrer Familien mangelt. Unbequeme Wahrheiten etwa zu Kriegshandlungen oder verschwundenen Personen kommen über Befragungen durch NRO an den Tag.

Wir lassen unsere Werte nicht – von außen – in Frage stellen, könnte eine Paraphrase lauten. Die Siegermentalität bei der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit und umgekehrt das Trauma missbrauchten Vertrauens auf tamilischer Seite gefährden den Friedensprozess und blockieren die öffentliche Debatte. Dissens zu äußern ist kein Problem, aber die politischen Archetypen auf allen Seiten zu hinterfragen gleicht einer titanischen Herausforderung.

Zum Autor



Theodor Rathgeber koordiniert seit 2009 das Netzwerk *Sri Lanka Advocacy* in Deutschland.

Endnote

¹ Mónica Pinto, *Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers*; Juan Ernesto, *Special Rapporteur on torture and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment*; Pablo de Greiff, *Special Rapporteur on the promotion of truth, justice, reparation and guarantees of non-recurrence*.